

Zeit für eine Generalüberholung: Neue Regeln für die Politik!



„Was wirklich nicht geht, ist, dass es eine Befragung der Bundeskanzlerin lediglich in der Bundespressekonferenz gibt. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.“ Jan Korte's Rede in der konstituierenden Sitzung des Bundestags

Etliche Jahre der großen Koalition haben ihre Spuren hinterlassen. Dass CDU/CSU und SPD sich entschieden haben, dieselbe Politik, wie bisher, weiter an den Interessen der Bevölkerung vorbei zu machen, kritisieren wir und stellen dem unsere Konzepte entgegen. Aber auch vor dem parlamentarischen Betrieb machen wir nicht halt. Wir wollen das Parlament und die Demokratie attraktiver und interessanter gestalten.

Dafür macht DIE LINKE Druck und ist dabei erfolgreich: Die Befragung der Kanzlerin im Parlament haben wir in der ersten Sitzung der Wahlperiode am 24. Oktober 2017 gefordert, ein gutes halbes Jahr später, am 6. Juni 2018 hat die Fragestunde das erste Mal stattgefunden. Noch nicht ganz optimal, wie viele Zuschauer kritisiert haben, aber ein Anfang ist gemacht.

Auch für andere Neuerungen werben

wir um Mehrheiten: Wir wollen, dass alle Abgeordneten ihre Zweitjobs transparent machen müssen und auf Euro und Cent genau angeben sollen, auf wessen Gehaltsliste sie stehen. Das fordern wir in unserem Ende April eingebrachten Antrag zur Änderung der Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete. Und wir fordern ein verbindliches Lobbyregister, welches nachvollziehbar macht, welchen Einfluss Interessenverbände auf Gesetzgebungsverfahren haben.

Das Ganze machen wir übrigens nicht aus Prinzipienreiterei, sondern damit das Parlament für Sie, für die Bevölkerung, ordentlich und transparent arbeitet. Für das Ziel einer lebendigen, offenen Demokratie und einer Politik, die sich an der großen Mehrheit der Bevölkerung orientiert und nicht an dem Willen einer kleinen Elite aus Wirtschaft und Millionären.

**Liebe
Leserinnen
und Leser,**

nach der Wahl im
September 2017
haben Bundestag und
Bundesregierung eine
ganze Weile gebraucht,
um sich zu sortieren.

DIE LINKE war in den ersten Monaten
nicht nur die aktivste Oppositionspartei,
wir haben auch einiges erreicht, was ich
Ihnen hier in der aktuellen Ausgabe meiner
Wahlkreiszeitung „Korte konkret“ berichten
möchte.

Mit meiner neuen Funktion als 1. Parla-
mentarischer Geschäftsführer der Fraktion
DIE LINKE hat sich mein Aufgabenbereich
erweitert. Ich kümmere mich zukünftig
noch mehr darum, den Bundestag für
Sie erlebbarer, nachvollziehbarer und
demokratischer zu machen. Auch wenn
das heißt, zum Beispiel gegen die von der
Regierungsmehrheit aus CDU, CSU und SPD
im Eilverfahren beschlossene Erhöhung der
staatlichen Parteienfinanzierung vor das
Bundesverfassungsgericht zu ziehen.

Denn auch in der neuen Wahlperiode bleibt
die politische Leitlinie meiner Fraktion
DIE LINKE: Wir machen Politik für die
Vielen, für die Interessen des Großteils
der Bevölkerung, und nicht für die wenigen
Millionäre und Konzerne.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

A handwritten signature in blue ink that reads "Jan Korte".



Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen

Bei Alten- und Krankenpflege herrscht seit Jahren personeller Notstand. Gesundheit und Menschenwürde bleiben zunehmend auf der Strecke. Über Jahre hat die Bundesregierung eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen dem Profit unterordnet. Die Bundesregierung, in Person von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), macht nicht den Eindruck, der Herausforderung, mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen, gewachsen zu sein.

Was geschieht, wenn Krankenhäuser nur profitorientiert arbeiten, zeigt sich im Salzlandkreis, wo wegen Personalmangels die Notfallabteilungen nicht mehr richtig arbeiten. In Zerbst machen private Krankenhausbetreiber selbst vor der Schließung von Geburtsstationen nicht halt. Dagegen



wehren sich Bürgerinnen und Bürger, die das nicht hinnehmen wollen. Mit Recht, meint Jan Korte: „Allein zwischen 1996 und 2016 sank laut einer Anfrage der Linksfraktion die

Zahl der Kliniken mit Entbindungsstationen bundesweit von 1114 auf 690, ein Minus von fast 40 Prozent. Hier geht es offensichtlich um Profite, die privaten Betreibern wichtiger sind, als die Versorgung der Bevölkerung.“

Mit ihrer Kampagne „Pflegenotstand stoppen!“ will DIE LINKE die bundesweiten Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen für gute Pflege unterstützen. Im Kern fordert DIE LINKE zusätzliche 100.000 Stellen in der Krankenhauspflege, einen gesetzlich geregelten Personalschlüssel, den Stopp von Krankenhausschließungen, 40.000 zusätzliche Fachkräfte in der Altenpflege, eine Anhebung des Altenpflege-Mindestlohnes auf 14,50 Euro sowie höhere Tariflöhne durch flächendeckende Tarifbindung.

Schluss mit der Tariffucht!



Um den Sinkflug von Löhnen zu stoppen fordert DIE LINKE die Rückkehr zur Allgemeinverbindlichkeit von Flächentarifverträgen, die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung und einen besseren Schutz von Betriebsräten

Wer die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland kritisiert, bekommt oft zu hören, dass es der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt gut gehe. Tatsächlich verfügen aber bundesweit 40 Prozent aller Beschäftigten heute über ein geringeres Einkommen als noch zur Jahrtausendwende, während Lebenshaltungskosten wie Mieten, Energie und Lebensmittel kräftig steigen. Auch aktuell frisst die Teuerungsrate die Lohnzuwächse fast völlig auf. Um mickrige 0,8 Prozent sind die Reallöhne in Deutschland im vergangenen Jahr gestiegen. Auch bleibt das große Lohngefälle zwischen Ost und West fast unverändert bestehen.

Wenn die Politik nicht endlich handelt, wird sich diese Entwicklung auch zukünftig fortsetzen. Ein Beispiel, wie Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden, zeigt sich aktuell bei der Einzelhandelskette „Real“. Die Metro-Tochter ist im Wahlkreis mit SB-Warenhäusern in Bitterfeld und Staßfurt vertreten. Per Gesellschaftswechsel will die

Kette bei Neueinstellungen zukünftig 25 Prozent weniger zahlen, wovon auch die 4.500 auslaufenden befristeten Verträge sowie alle Beschäftigten, die versetzt, befördert oder denen andere Aufgaben übertragen werden, betroffen sind. Sie alle sollen nach Plänen des Konzerns künftig weniger verdienen, als nach dem alten Tarifvertrag vorgesehen.

In den Augen Kortes ist das Gebaren des Konzerns Lohnraub und ein Beispiel für die immer stärker um sich greifende Tariffucht. „Gerade im Niedriglohnsegment darf man diese Entwicklung nicht weiter ignorieren. Was wir brauchen sind deutliche Lohnsteigerungen, vor allem bei kleinen und mittleren Einkommen, einen höheren Mindestlohn von mindestens 12 Euro, eine bessere Tarifbindung und einen Fahrplan zur längst überfälligen Westangleichung der Ostlöhne. Und vor allem muss es so schnell wie möglich ein Verbot von grundlosen Befristungen geben, wie das Beispiel Real zeigt.“

DIE LINKE klagt gegen geplante Erhöhung der staatlichen Parteifinanzierung



Der Einreichung einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht muss ein Viertel der Abgeordneten zustimmen. Auch Grüne und FDP haben sich dem Vorhaben angeschlossen.

Die Bevölkerung wartet darauf, dass sich die Koalition um alles Mögliche kümmert: Um die Notlage in der Pflege, den Dieselskandal, die immer weiter gehende Spaltung der Gesellschaft mit immer mehr armen Familien und wenigen immer reicher werdenden Millionären. Nichts passiert. Was sie hingegen in neun Werktagen schafft, ist die Parteienfinanzierung zu erhöhen. Das ist das Bild, welches CDU/CSU und SPD derzeit im Bundestag abgeben.

Wenn die sonst auch so schnell wären, könnte man es ihnen nachsehen. Aber das sind sie nicht. In der gesellschaftlichen und politischen Lage, in der wir uns befinden, ist das Vorgehen der Koalition ein fatales Signal und ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossen.

CDU, CSU und SPD hatten es mit der Behandlung so eilig, dass sie nicht einmal den drei Sachverständigen zugehört haben, die in der ebenso eilig einberufenen Bundestagsanhörung die Verfassungskonformität ihres Vorhabens angezweifelt haben und vor allem Kritik an der pauschalen Behauptung der Notwendigkeit geäußert haben.

Jan Korte hat als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE zusammen mit der Grünen-Fraktion schon nach Verabschiedung des Gesetzes eine Klage angekündigt. Nun ist auch die FDP an Bord und das nötige Quorum für eine Klage erreicht. Im Erfolgsfall der Klage müssen sich Union und SPD wohl um bessere Wahlergebnisse kümmern, dann bekommen sie auch wieder mehr Geld.

Korte kurz:

Neue Büropartnerin in Bernburg



Neue Büropartnerin am Eulenspiegelbrunnen: Die Landtagsabgeordnete Doreen Hildebrandt

Neuerung im Bernburger Wahlkreisbüro: Nachdem Jan Kortes langjährige Büropartnerin, die ehemalige Landtagsabgeordnete Birke-Bull Bischoff, im Herbst für den Wahlkreis Burgenland-Saalekreis selbst in den Bundestag einzog, gibt es jetzt eine neue Landtagsabgeordnete für das Bernburger Büro. Doreen Hildebrandt aus der Börde betreut nun den Wahlkreis Bernburg. Sie bietet vor Ort z. B. Bürgersprechstunden an und lädt zusammen mit Jan Korte zu Veranstaltungen ein. Im April eröffneten die Abgeordneten z. B. eine neue Fotografeausstellung im Büro. Beim gemeinsamen Sommerfest mit dem LINKEN Kreisverband am 24. August wird man die beiden wieder gemeinsam erleben. Alle Interessent*innen sind dazu natürlich herzlich eingeladen. Los geht es ab 15 Uhr.

DIE LINKE ist aktivste Oppositionspartei

Initiativen der Fraktionen im Bundestag:

DIE LINKE: 638
Grüne: 416
AfD: 400, FDP: 325
Union: 68, SPD: 70

113 Anträge, 30 Entschließungsanträge, 10 Gesetzentwürfe, 459 Kleine Anfragen und einige andere Initiativen (Stand zu Beginn der Sommerpause am 6.7.2018) – DIE LINKE ist mit weitem Abstand vor den Grünen die aktivste Oppositionspartei. Anfragen sind ein gutes Mittel, die Politik der Bundesregierung zu hinterfragen, Anträge rücken Themen in den Vordergrund, die sonst keine Beachtung finden würden. Regierungskontrolle ist Oppositionsauftrag. Deshalb sei er stolz auf diese Statistik, sagt Jan Korte, „denn sie zeigt, dass DIE LINKE auch als drittstärkste Fraktion außerhalb der Koalition weiterhin Oppositionsführerin ist. Das Mittel der Kleinen Anfrage ist das effektivste, um der Regierung auf die Finger zu klopfen und Fakten oder Probleme über die Medien an die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist Teil unseres Verfassungsauftrags, der rosaroten Erzählung der Bundesregierung ein Gegenbild entgegen zu stellen.“

Im Gespräch mit lokalen Entscheidungsträgern

Wer nicht weiß, wo in Kommunen der Schuh drückt, kann nicht ernsthaft von sich behaupten, in Berlin gute Politik machen zu können. In der ersten Jahreshälfte 2018 hat sich Jan Korte deshalb unter anderen mit Thomas Schneider, Bürgermeister der Stadt Südliches Anhalt, mit Ferid Giebler, Bürgermeister der Gemeinde Muldestausee und mit dem Landrat des Salzlandkreises, Markus Bauer getroffen und ausgetauscht. Im Betreuungswahlkreis Harz gab es außerdem ein Gespräch mit dem einzigen LINKEN Oberbürgermeister in Sachsen-Anhalt, Andreas Henke. Die Orts- bzw. Kreischefs legen ein enormes Engagement an den Tag und versuchen das Beste für die Bürger*innen herauszuholen. Dabei geraten sie aber immer wieder an ihre Grenzen, weil es an der Unterstützung durch Land und Bund mangelt. Der Bundestagsabgeordnete kritisiert die falsche Prioritätensetzung in Berlin: „Statt Milliarden in Aufrüstung zu versenken, wäre das Geld besser in Schulen, Kitas, Schwimmbädern und einer zukunftsfähigen Bus-, Bahn- und Verkehrsinfrastruktur angelegt. Hier muss umgedacht und umverteilt werden, damit sprudelnde Steuereinnahmen des Bundes und der Länder bei den Menschen ankommen.“

200 Jahre Karl Marx



Lesung zu Karl Marx' 200. Geburtstag auf dem Bernburger Karlsplatz

Den 200. Geburtstag von Karl Marx feierte der Kreisverband DIE LINKE Salzlandkreis auf dem Bernburger Karlsplatz mit einer Lesung: Jan Korte, seine Fraktionskollegin Birke Bull-Bischoff, die Landtagsabgeordneten Eva von Angern und Doreen Hildebrandt, Kreistagsfraktionschefin Sabine Dirlich, der Kreisverbandsvorsitzende Lothar Boese und viele andere lasen aus Marx' Werken und Briefen vor. „Marx' Werke sind aktueller denn je und bestimmen bis heute die Diskurse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, betonte Korte. „Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft in einige wenige Superreiche und viele Arme stellt eine Bedrohung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts dar.“ Die gut besuchte Geburtstagsveranstaltung für den politischen Philosophen und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus wurde durch den ehemaligen Bundestagabgeordneten Roland Claus initiiert.

Unterstützung für Sport, Kultur und Soziales



Bei der Finanzierung wichtiger Projekte im Wahlkreis Anhalt hat auch in diesem Jahr der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e. V. mitgeholfen. Der Verein sammelt einen Teil der monatlichen Diäten der LINKEN Bundestagsabgeordneten ein und schüttet diese dann auf Antrag für Projekte in den Wahlkreisen der Abgeordneten aus. Davon profitierten im Salzlandkreis z. B. das Staßfurter Inklusionsnetzwerk, der Cochstedter Sportverein, die Bernburger Selbsthilfegruppe „Antschmerz“ und das integrative Theaterprojekt vom „Theatrum“ Hohenerleben. In Anhalt-Bitterfeld freuten sich der Boxclub Görzig Fuhneland, der Jugendgemeinderat Muldestausee und der Heimatverein Waltternienburg über Spenden. Einen besonders hohen Betrag gab es im

Frühjahr für den Bitterfelder Jugendclub 83. Mit 800 Euro wurde eine Gedenkstättenfahrt von Schüler*innen der Gemeinschaftsschule Muldenstein nach Auschwitz und Krakau unterstützt. In Polen hatten die Jugendlichen Kontakt mit Zeitzeugen und besuchten die Gedenkstätten des KZ Auschwitz sowie die Schindler-Werke in Krakau. „Solche Fahrten sensibilisieren junge Menschen für die Geschichte, für Zeichen von Ausgrenzungen und Stereotype im Alltag. Jeder weiß, wie wichtig das gerade in diesen Zeiten ist“, so Jan Korte. Vereine und Initiativen im Salzlandkreis oder in Anhalt-Bitterfeld, die auf der Suche nach finanzieller Unterstützung für konkrete Projekte sind, können sich in den Wahlkreisbüros von Jan Korte melden.

Aufarbeitung der Treuhandvergehen!



Rohwedder-Haus in Berlin: Heute Bundesministerium für Finanzen, 1991-1994 erster Hauptsitz der Treuhand

Schnell privatisieren, entschlossen sanieren oder behutsam stilllegen – das waren die drei Optionen, nach denen die Treuhandzentrale bei der Überführung der Volkseigenen Betriebe der DDR in die Soziale Marktwirtschaft arbeiten sollte. Das Ergebnis dieser Arbeit: Der Ausverkauf der DDR-Unternehmen. Der Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen, die Schließung etlicher Betriebe und eine Deindustrialisierung des Ostens. Die Chancen zur Sanierung und zum Erhalt der Wirtschaft in der ehemaligen DDR wurden sträflich vertan. DIE LINKE im Bundestag wird sich in dieser Wahlperiode für eine gründliche Aufarbeitung des Geschehens, der Fehlentscheidungen und der Vergehen stark machen.

Ehrenamtliche zu Besuch in Berlin



Im Fraktionsaal der LINKEN ging Jan Korte auf aktuelle Entwicklungen und die Debatte um Armut ein

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr hat Jan Korte zusammen mit dem Bundespresseamt Bürger*innen aus dem Wahlkreis nach Berlin eingeladen: Ehrenamtliche aus dem Salzlandkreis, unter Ihnen die Staßfurter Frauengruppe Laura und die Arbeitslosenselbsthilfegruppe ASG, und interessierte Bürger*innen aus dem Betreuungswahlkreis Harz verbrachten zwei erkenntnisreiche Tage im politischen Berlin. Bundesrat, Bundestag und die Hauptstadt selbst standen dabei im Mittelpunkt – und natürlich das Gespräch mit dem Abgeordneten selbst. Interessierte Gruppen, Vereine oder Schulklassen können sich unter jan.korte@bundestag.de für eine Besuchsreise anmelden.

Korte kommunal:



Jan Korte beim Besuch bei Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke (2 v. l.). Im Interview mit Korte konkret spricht er über die finanziellen Herausforderungen für Kommunen und fordert mehr Unterstützung durch den Bund

Andreas Henke ist linker Oberbürgermeister von Halberstadt und leitet als Verwaltungschef seit 12 Jahren erfolgreich die Geschicke der 43.000 Einwohner zählenden Harzer Kreisstadt.

Korte konkret: Vor welchen Herausforderungen steht Halberstadt und welche Wünsche gibt es aus dem Harz an die Bundespolitik?

„brauchen höhere und nachhaltigere Förderung durch den Bund“

Andreas Henke: In Halberstadt erleben wir trotz einer Verringerung der Abwanderung weiterhin einen fortwährenden Strukturwandel. Um die Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu bewältigen sind wir weiterhin auf Fördermittelprogramme angewiesen. Der familien- und seniorengerechte Umbau von Wohnraum, Straßen und Plätze kann nicht allein durch die Städte bewältigt werden. Hier brauchen wir eine höhere und nachhaltigere Förderung durch den Bund.

K.k.: Wie wirkt sich die Finanzkraft ostdeutscher Städte und Dörfer, die bei durchschnittlich 60 Prozent der Kommunen der alten Bundesländer liegt, in Städten wie Halberstadt aus?

A.H.: Die kommunalen Eigenanteile für geförderte Investitionsprogramme aufzubringen, stellt für Städte wie Halberstadt einen finanziellen Kraftakt dar. Ein Teil der geringeren Finanzkraft wurde bisher durch den Solidarpakt ausgeglichen. Nach dessen Auslaufen im Jahr 2020 brauchen die ostdeutschen Städte und Dörfer eine verlässliche Bund-Länder-Kommunen-Finanzbeziehung, um den Sanierungstau zum Beispiel bei Kindertagesstätten und Schulen weiter abbauen zu können. Ziel muss eine bundesweit gute Handlungsfähigkeit der Kommunen sein.

K.k.: Das Bundesverfassungsgericht hat die Bemessung der Grundsteuer in ihrer bisherigen Form für verfassungswidrig erklärt. Wie sollte die bis Ende 2024 umzusetzende Reform aus Sicht eines linken Oberbürgermeisters erfolgen?

A.H.: Die Grundsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für Städte und Gemeinden, die uns in die Lage versetzt, die öffentliche Daseinsvorsorge für die Menschen zu gewährleisten. Die Grundsteuerreform ist auch eine Gerechtigkeitsfrage und sollte aus meiner Sicht so erfolgen, dass sie weder zu Einnahmeverlusten für die Kommunen, noch zu einer Verteuerung von Wohneigentum und Mietwohnungen führt.

So hat Jan Korte abgestimmt:

Umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen trifft der Bundestag oft in Namentlicher Abstimmung. Wählerinnen und Wähler können so überprüfen, wie die Abgeordneten ihres Wahlkreises abgestimmt haben. Eine Auswahl der wichtigsten Abstimmungen der neuen Wahlperiode dokumentieren wir hier (Stimmverhalten nach Inhalt, nicht Beschlussempfehlung). Eine vollständige Liste finden Sie auf www.jankorte.de/namentliche

5.7.2018 Bundeshaushaltsgesetz 2018

Jan Korte (DIE LINKE): Nein

Kees de Vries (CDU): Ja

28.6.2018 Sanktionen bei Hartz-IV abschaffen

Jan Korte (DIE LINKE): Ja

Kees de Vries (CDU): Nein

15.6.2018 Erhöhung der staatlichen Teilfinanzierung von Parteien

Jan Korte (DIE LINKE): Nein

Kees de Vries (CDU): Ja

7.6.2018 Verbesserungen für die Mietpreisbremse

Jan Korte (DIE LINKE): Ja

Kees de Vries (CDU): Nein

26.4.2018 Bundeswehreinsatz in Mali

Jan Korte (DIE LINKE): Nein

Kees de Vries (CDU): Ja

26.4.2018 Bundeswehreinsatz vor Somalia

Jan Korte (DIE LINKE): Nein

Kees de Vries (CDU): Ja

1.2.2018 Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wieder ermöglichen

Jan Korte (DIE LINKE): Ja

Kees de Vries (CDU): Ja

impressum

V.i.S.d.P.: Jan Korte MdB

Redaktionsschluss: 5.7.2018

Anschrift Büro Berlin

Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100

Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: jan.korte@bundestag.de

Internet: www.jankorte.de

www.facebook.com/jankortemdb

www.twitter.com/jankortemdb

www.instagram.com/jankorte77

Korte konkret abonnieren:

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte an die rechts stehende Adresse oder eine Mail mit Postadresse an: jan.korte@bundestag.de bitte mit der Erlaubnis, Ihre Daten für diesen Zweck zu speichern und zu verwenden.

Wenn Sie die Korte Konkret an Nachbarn und Freunde verteilen wollen geben Sie bitte an, wie viele Exemplare wir Ihnen schicken sollen.

Über die E-mail-Adresse können Sie auch meinen wöchentlichen E-Mail-Newsletter abonnieren.

7		3		2				
			3		5	7		
4			8	7				5
	6			3	8			9
8		4				2		3
3			4	5			6	
2				8	6			4
		5	7		2			
				4		6		1

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
bernburg@jankorte.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
staassfurt@jankorte.de